



Stadtparkasse Rheine

Bericht zum
Geschäftsjahr 2008

156. Geschäftsjahr

Stadtsparkasse Rheine

Anstalt des öffentlichen Rechts

Geschäftsstellen

HAUPTSTELLE		Kardinal-Galen-Ring 33
GESCHÄFTSSTELLE 1	„Emstor“	Osnabrücker Straße 69
GESCHÄFTSSTELLE 2	„Dorenkamp“	Windthorststraße 31
GESCHÄFTSSTELLE 3	„Südesch“	Hemelter Straße 77
GESCHÄFTSSTELLE 4	„Schothock“	Bonifatiusstraße 81 - 83
GESCHÄFTSSTELLE 5	„Eschendorf“	Osnabrücker Straße 272
GESCHÄFTSSTELLE 6	„Wietesch“	Salzbergener Straße 100
GESCHÄFTSSTELLE 11	„Mesum“	Alte Bahnhofstraße 13 a
SB-GESCHÄFTSSTELLE	„Altenrheine“	Lambertiring 2
SB-GESCHÄFTSSTELLE (Kooperationsgeschäftsstelle)	„Westpark“	Felsenstraße 3
SB-GESCHÄFTSSTELLE (Kooperationsgeschäftsstelle)	„Hauenhorst“	Mesumer Straße 23
SB-GESCHÄFTSSTELLE (Kooperationsgeschäftsstelle)	„Elte“	Ludgerusring 39

Der Träger der Sparkasse ist die Stadt Rheine. Die Sparkasse ist Mitglied des Westfälisch-Lippischen Sparkassen- und Giroverbandes Münster und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. in Bonn angeschlossen.

GESCHÄFTSENTWICKLUNG DER SPARKASSE

	2007 TEUR	2008 TEUR	Veränderungen in 2008 TEUR %	
Bilanzsumme	975.398	1.029.398	54.000	5,5
Spareinlagen	220.768	237.196	16.428	7,4
Sparkassenbriefe	90.527	32.621	- 57.906	- 64,0
Inhaberschuldverschreibungen	6.213	8.831	2.618	42,1
Sparmittel insgesamt	317.508	276.648	- 38.860	- 12,2
Sichteinlagen	177.626	215.857	38.231	21,5
Befristete Einlagen	49.250	85.924	36.674	74,5
Sonstige Einlagen insgesamt	226.876	301.781	74.905	33,0
Gesamteinlagen	544.384	580.429	36.045	6,6
Kontokorrent- und Akzeptkredite	33.162	28.965	- 4197	12,7
Wechseldiskontkredite	86	342	256	297,7
Kommunaldarlehen	10.797	10.106	- 691	- 6,4
Wohnungsbaudarlehen	386.393	382.352	- 4.041	- 1,0
Sonstige Darlehen	110.521	106.042	- 4.478	- 4,1
Weiterleitungsdarlehen	74.765	80.241	5.476	7,3
Avalkredite	15.235	16.154	919	6,0
Treuhanddarlehen	372	310	- 62	- 16,7
Gesamtkreditvolumen	631.331	624.514	- 6.817	- 1,1

LAGEBERICHT

Sparkasse

Gründung und Sitz	Die Stadtparkasse Rheine mit Sitz in Rheine wurde im Jahr 1852 gegründet.
Handelsregister-eintragung	Das Unternehmen ist beim Amtsgericht Steinfurt unter der Nr. A 3488 im Handelsregister eingetragen.
Rechtsform und Verbandszugehörigkeit	Die Sparkasse ist gemäß § 1 SpkG eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Pflichtmitglied des Westfälisch-Lippischen Sparkassen- und Giroverbandes, Münster (WLSGV), und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V., Berlin und Bonn, angeschlossen.
Träger	Träger des Instituts ist die Stadt Rheine.
Satzungsrechtliches Geschäftsgebiet	Geschäftsgebiet ist das Gebiet der Stadt Rheine, des Kreises Steinfurt sowie das Gebiet der angrenzenden Landkreise.
Mitgliedschaft im Einlagensicherungssystem	Das Unternehmen ist Mitglied im bundesweiten Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe. Das aus Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen bestehende überregionale Sicherungssystem gewährleistet, dass im Bedarfsfall ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um die Forderungen der Kunden und auch das Institut selbst zu schützen. Daneben besteht für die Sparkassen in Westfalen-Lippe zusammen mit der WestLB AG und der Westdeutschen ImmobilienBank AG, Mainz, ein zusätzlicher Reservefonds auf regionaler Ebene.
Geschäftsstellen	Die Sparkasse ist in ihrem Geschäftsgebiet an insgesamt 12 Standorten vertreten. Davon sind vier SB-Geschäftsstellen, von denen drei in Kooperation mit der Volksbank Nordmünsterland eG betrieben werden.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2008

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung	Die weltweite Wirtschaftsentwicklung stand 2008 unter dem Einfluss der Finanzkrise, die im Jahr zuvor durch die Zahlungsausfälle im subprime-Bereich US-amerikanischer Wohnungsbaudarlehen ihren Anfang nahm. War die erste Jahreshälfte in vielen Ländern noch von moderaten Zuwachsraten geprägt, schlug die Erwartung über die weitere Prosperität ab Mitte des Jahres in zunehmende Skepsis um. Die Insolvenz von Lehman Brothers Inc., New York, am 15. September 2008 führte aufgrund der damit verbundenen Auswirkungen auf die Geld- und Finanzwirtschaft fast schlagartig zu einer weiteren Korrektur der wirtschaftlichen Erwartungen, die im Anschluss daran von der realen, überaus negativen Entwicklung bestätigt, ja überholt wurden. Die verantwortlichen Regierungen der großen Wirtschaftsnationen wurden dadurch derart unter Zugzwang gesetzt, dass im letzten Quartal 2008 und in den ersten Wochen des Jahres 2009 die Entwicklung sowie Umsetzung von konjunktur- und wirtschaftsstützenden Maßnahmen alle anderen Aufgaben überlagerten. Allein in der Bundesrepublik wurden mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz sowie den Konjunkturpaketen I und II finanzielle Mittel in einer Größenordnung von 560,0 Mrd. € beschlossen. Doch selbst unter Berücksichtigung dieser Maßnahmen erwarten die Experten für das Jahr 2009 in den wichtigen Industrienationen einen deutlichen Rückgang des Brutto-Sozialproduktes. Selbst eine weltweite Rezession wird nicht mehr ausgeschlossen, da insbesondere die US-Wirtschaft seit Monaten negative Vorzeichen bei den wichtigsten Wirtschaftsindizes zeigt und China ebenfalls in den Sog der Krise geraten ist.
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland	Als exportstarke Nation konnte sich die Bundesrepublik selbstverständlich nicht von den weltweiten Trends abkoppeln und so wurde auch hier das Wachstum des Brutto-Sozialproduktes der ersten beiden Quartale in der zweiten Jahreshälfte teilweise wieder aufgezehrt. Mit einem Plus von insge-

samt 1,3 % halbierte sich das Wachstum im Vergleich zum Vorjahr. Die Arbeitslosenquote reduzierte sich weiter auf 7,4 %, allerdings nahmen zum Jahresende die klaren Anzeichen zu, dass sich die Beschäftigungsquote in 2009 rückläufig entwickeln wird.

Die Inflationsrate stabilisierte sich gegen Ende des Jahres bei 2,6 %, nachdem sie in der ersten Hälfte in Verbindung mit zum Teil erratischen Preissteigerungen bei den Rohstoffen deutlich darüber lag.

Finanzmärkte und Kreditwirtschaft

Die Notenbanken der wichtigsten Wirtschaftsräume reagierten – unterschiedlich schnell – mit wiederholten Leitzinssenkungen und Liquiditätsstützungen für die Kreditwirtschaft. So stand Ende Januar 2009 der Leitzinssatz in den USA bei 0 % (!), in Großbritannien bei 1,5 % und im Euro-Raum bei 2,0 %. Hier werden weitere zinssenkende Schritte erwartet.

Im Verlauf des Jahres gingen vor allem in den USA neben Lehman Brothers Inc. einige regionale Kreditinstitute in die Insolvenz und wurden von anderen Häusern übernommen. Dort und in Großbritannien mussten weltweit agierende systemrelevante Kreditinstitute vom Staat gestützt oder gar übernommen werden. Im Rahmen der Stützung über den Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) ist die Bundesrepublik mittlerweile mit 25,01 % an der Commerzbank AG beteiligt, um deren Übernahme der Dresdner Bank AG abzusichern. Der größte Pfandbriefemittent in Deutschland, die Hypo Real Estate Bank in München steht kurz vor der Verstaatlichung.

Aufgrund der gegenüber den USA besseren, stabileren wirtschaftlichen Verhältnisse ging die EZB mit der schrittweisen Rücknahme des Leitzinssatzes und wiederholten Liquiditätsstützungsmaßnahmen für die Kreditwirtschaft zunächst abwartender und zurückhaltender um als die FED. Über das gesamte Jahr fiel aber auch im Euro-Raum der Leitzins in fünf Schritten auf 2,0 % am 15. Januar 2009.

Trotzdem blieb die Liquiditätslage auch in Deutschland angespannt, weil der Geld- und Kapitaltransfer zwischen den Banken weitgehend zum Erliegen gekommen ist.

Grundzüge der regionalen Wirtschaftsentwicklung im Geschäftsgebiet der Sparkasse

Die positive Einschätzung, mit der die Unternehmen in das Jahr 2008 gegangen sind, hat sich trotz der zunächst haussierenden Rohstoffpreise überwiegend bestätigt. Nach den Erkenntnissen der IHK Nord-Westfalen werten die Unternehmen auch ihre aktuelle Situation immer noch leicht positiv, obwohl sich die Lagebeurteilung seit dem Spätsommer eingetrübt hat. Hinsichtlich der konjunkturellen Aussichten für 2009 hat es jedoch einen drastischen Umschwung gegeben. Die Hälfte der von der IHK befragten Betriebe befürchtet eine schlechtere wirtschaftliche Entwicklung. Dabei erstrecken sich die stark zurückgenommenen Erwartungen auf alle Wirtschaftsbereiche. Überraschend ist dabei, wie schnell seit dem Herbst 2008 die Auftragseingänge aufgrund eines synchronen Nachfragerückgangs weltweit weggebrochen sind.

33 % der befragten Unternehmen im Kreis Steinfurt beurteilen ihre aktuelle Lage mit schlecht und 58 % gehen für 2009 von sich verschlechternden Geschäftserwartungen aus.

Angesicht der konjunkturellen Situation kann es nicht überraschen, dass auch die Beschäftigungsaussichten zurückgenommen werden müssen. Für den Arbeitsamtsbezirk Rheine deuten die ersten Zahlen auf einen Zuwachs der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit im Jahr 2009 hin.

Geschäftspolitische Strategie der Sparkasse

Darstellung des Unternehmenszwecks unter Beachtung des öffentlichen Auftrags gem. § 2 SpkG

Die Sparkasse ist ein Wirtschaftsunternehmen in öffentlicher Trägerschaft mit der Aufgabe, der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft, insbesondere des satzungsrechtlichen Geschäftsgebiets und des Trägers, zu dienen. Vornehmlich werden der Mittelstand sowie die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise mit Krediten ausgestattet. Die Geschäfte werden unter Beachtung des öffentlichen Auftrags nach kaufmännischen Grundsätzen geführt. Die Gewinnerzielung ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebs.

Geschäftsverlauf im Jahr 2008

Beurteilung des Geschäftsverlaufs insgesamt

Die Folgen der sich im Jahresverlauf 2008 verschärfenden Finanzkrise fanden ihren Niederschlag auch in der geschäftlichen Entwicklung der Sparkasse. Zunächst waren hier, wie bundesweit, die Bestände und das Neugeschäft in den ersten drei Quartalen einem heftigen Konditionswettbewerb ausgesetzt. Die gefährlichen Konsequenzen in der Entwicklung um Lehman Brothers und Hypo Real Estate führten dazu, dass sich die Kunden verstärkt den Sparkassen und anderen regionalen Anbietern zuwendeten. Von dieser Entwicklung hat das Haus insbesondere bei den Einlagen und im Kundenwertpapiergeschäft profitiert. Die ambitionierten Ziele im Kredit- und Darlehnsgeschäft mit den Kunden konnten nicht ganz erreicht werden, weil die Bestände mittlerweile sehr hohen Regel- und Sondertilgungen ausgesetzt sind. Die über viele Monate inverse Zinsstruktur, der Wettbewerb und die Hinwendung der Kunden zu kurzfristigen Anlagen haben die Zinsspanne wie in den Vorjahren weiter belastet.

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Vor allem der deutliche Zuwachs bei den Einlagen von Kunden bewirkte, dass die Sparkasse mit 1.029,4 Mio. € (+ 54,0 Mio. € bzw. + 5,5 %) erstmals eine Bilanzsumme von über 1 Mrd. € ausweisen konnte. Unter Einbeziehung der Eventualverbindlichkeiten und anderen Verpflichtungen erhöhte sich damit das Geschäftsvolumen auf 1.070,5 Mio. € (+ 64,5 Mio. € bzw. + 6,4 %).

Kreditgeschäft

Obwohl die Sparkasse bei lebhaftem Geschäft im Verlauf des Jahres Kredite und Darlehen in Höhe von 77,9 Mio. € valutierte, konnte der Bestand des Vorjahres nicht ganz erreicht werden. Die hohen Regel- und Sondertilgungen, letztere aus fälligen Bausparverträgen und Lebensversicherungen, wirkten dabei gegenläufig. Das gesamte Kreditvolumen aus Kundenforderungen, Treuhandkrediten und Avalen reduzierte sich um 6,8 Mio. € / 1,1 % und belief sich auf 624,5 Mio. €. Zu Jahresbeginn sind wir bei den Forderungen an Kunden von einem Zuwachs von 2,1 % ausgegangen.

Mit 59,1 % der Bilanzsumme (2007: 63,2 %) tragen die Kundenforderungen nach wie vor den höchsten Anteil an den Anlagen der Sparkasse. Daran wird deutlich, dass der satzungsmäßige Auftrag der Kreditversorgung der regionalen Wirtschaft und Bevölkerung tragende Säule des Geschäftsmodells der Sparkasse ist. 73,2 % dieser Forderungen betrafen private und wirtschaftlich unselbstständige Kunden, weitere 25,8 % Unternehmen und Selbstständige.

Auszahlungen von mittel- und langfristigen Darlehen in Höhe von 77,9 Mio. € lagen 3,1 Mio. € unter dem Wert des Vorjahres. Die Darlehnszusagen stiegen um 11,3 Mio. € auf 95,9 Mio. €. Größere Anteile an beiden Werten hatten die privaten Finanzierungen.

Wertpapiere

Die Veränderungen bei dem Bestand der eigenen Wertpapiere waren durch Verkäufe und Zukäufe bestimmt. Das Volumen erhöhte sich um 30,3 Mio. € auf 255,3 Mio. €. Die Erhöhung betraf vor allem Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Werte. Der Anteil des Wertpapierspezialfonds an den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren reduzierte sich auf 75,5 %.

Beteiligungen

Bei dieser Bilanzposition waren keine wesentlichen Veränderungen zu verzeichnen. Ähnlich dem Vorjahr betrafen 99,7 % die Beteiligung am Westfä-

lisch-Lippischen Sparkassen- und Giroverband. Die Sparkassen sind dadurch indirekt an verschiedenen Verbundunternehmen der ~~SB~~-Finanzgruppe beteiligt, z. B. an der LBS, der Provinzial NordWest, der WestLB AG und der Deka-Bank.

Anteile an verbundenen Unternehmen	Hier wird die mittlerweile 100-prozentige Beteiligung an der Immobilien-Zentrum Rheine GmbH Stadtparkasse Rheine ausgewiesen, nachdem die bisherige Mitgesellschafterin im Verlauf des Jahres 2008 ausgeschieden ist.
Einlagengeschäft	Der erfreuliche Bestandszuwachs bei den Einlagen entwickelte sich im Wesentlichen während des IV. Quartals 2008 wohl auch als Folge der Verwerfungen in der Finanzwirtschaft. Die Kundeneinlagen (Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, verbrieftete Verbindlichkeiten und nachrangige Verbindlichkeiten) haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 6,5 % auf 587,7 Mio. € erhöht. Die Erwartungen für 2008 wurden leicht übertroffen.
Interbankgeschäft	Der Zuwachs der Forderungen an Kreditinstitute um 35,0 Mio. € (40,2 %) auf 122,1 Mio. € betraf Terminanlagen, die bei Kreditinstituten innerhalb der SB-Finanzgruppe unterhalten wurden. Nach dem Rückgang im Vorjahr erhöhten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in 2008 um 13,7 Mio. € (3,9 %) auf 365,7 Mio. €. Der Anstieg entfällt sowohl auf an Kreditinstitute verkaufte Sparkassenbriefe als auch auf die Weiterleitungsmittel.
Dienstleistungsgeschäft	Die Anzahl der von der Sparkasse vermittelten Versicherungsverträge war mit 762 um 86 Verträge niedriger als im Vorjahr. Dabei standen weiterhin die Altersvorsorge, Lebens- und Rentenversicherungsverträge im Vordergrund. Im Bauspargeschäft konnte mit 1.278 vermittelten Verträgen eine deutliche Steigerung um 98 Verträge gegenüber dem Vorjahr erreicht werden. Das dadurch vermittelte Vertragvolumen verminderte sich von 29,1 Mio. € auf 28,0 Mio. €. Trotz der turbulenten Vorgänge an den Geld- und Finanzmärkten und den damit verbundenen Auswirkungen auf die Wertpapierbörsen stieg der Umsatz im Kundenwertpapiergeschäft leicht auf 120,8 Mio. € bei einem Nettoabsatz von 16,2 Mio. €. Dabei betrafen rd. 71 % des Umsatzes Fondsanteile vornehmlich der DekaBank. Die Sparkasse führte Ende 2008 Depotwerte in Höhe von insgesamt rd. 143,0 Mio. € auf den Konten der Kunden.
Investitionen	Wie in den Vorjahren auch wurde der wesentliche Teil der Investitionen turnusgemäß in die Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie die Informationstechnologie vorgenommen.
Personalbericht	Am Jahresende 2008 beschäftigte die Sparkasse insgesamt 249 (2007: 260) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Davon waren 223 (233) bankspezifisch Beschäftigte und 20 (21) Auszubildende. Auf Vollzeitkräfte umgerechnet verringerte sich damit die Beschäftigtenzahl (ohne Berücksichtigung der Auszubildenden) um 10,7 auf 163,1. Zum Bilanzstichtag waren 21 Beschäftigte in der Freizeitphase der Altersteilzeit. Die Sparkasse beschäftigte im Jahresdurchschnitt nach Köpfen gerechnet mit 224 Personen, 12 weniger als im Vorjahr. Die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat weiterhin einen besonderen Stellenwert im Zusammenhang mit der Beratungsqualität gegenüber der Kundschaft, aber auch der internen Belange des Unternehmens Sparkasse. 7 junge Menschen beendeten mit Erfolg ihre Ausbildung zum Bankkaufmann und 180 Angestellte nahmen an berufsbezogener Weiterbildung teil.

Vermögenslage

Das Eigenkapital der Sparkasse, zum Jahresende ausgewiesen in Form der Gewinnrücklagen und des Fonds für allgemeine Bankrisiken, erhöht sich nach Zuführung des Bilanzgewinnes 2007 auf 58,0 Mio. €. Daneben verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile im Sinne des KWG und angemessene stille Reserven.

Die Eigenkapitalanforderungen des KWG und der SolvV wurden jederzeit eingehalten. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel, bezogen auf die Summe der Anrechnungsbeträge für Adressrisiken, Marktrisikopositionen und das operationelle Risiko, überschritt mit einer Gesamtkennziffer von 16,1 % am 31.12.2008 nachhaltig den in der SolvV vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 %. Die Sparkasse verfügt damit über eine ausreichende Kapitalbasis für weiteres geschäftliches Wachstum.

Den Risiken im Kreditgeschäft sowie sonstigen Verpflichtungen wurde mit der Bildung von Wertberichtigungen und Rückstellungen den strengen Bewertungsmaßstäben entsprechend Rechnung getragen.

Die Bewertung der festverzinslichen Wertpapiere und Genussscheine des Anlagebestandes erfolgte zu Anschaffungskosten. Waren die beizulegenden Werte am Bilanzstichtag niedriger, wurden die Abschreibungen bis maximal zum Rückzahlungsbetrag vorgenommen. Die übrigen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet. Das gilt auch für Forderungen in Verbindung mit strittigen Umlagen sowie in diesem Zusammenhang gebildete Rückstellungen für Prozesskosten. Daneben besteht eine zusätzliche Vorsorge für die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute.

Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Vorschriften der Liquiditätsverordnung wurden stets eingehalten. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank in der erforderlichen Höhe unterhalten. Die Liquiditätskreditlinie bei der WestLB AG nahm die Sparkasse zeitweise in Anspruch, die Refinanzierungsmöglichkeiten bei der Deutschen Bundesbank dagegen nicht.

Ertragslage

Nachdem das Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge im Jahr 2007 durch die Rückstellung für weitere aktuelle Kapitalbedarfe der WestLB AG über den Reservefonds des WLSGV belastet war, stellte sich das Geschäftsjahr 2008 wieder wesentlich besser dar. Trotzdem haben die über weite Teile des Jahres flache bis inverse Zinsstruktur und der intensive Konditionenwettbewerb dazu geführt, dass der Zinsüberschuss weiter zurückgelaufen ist.

Die wesentlichen Erfolgskomponenten sind in der nachfolgenden Tabelle aufgeführt:

	2007	2008	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Zinsüberschuss	20.053	19.386	- 667	- 3,3
Provisionsüberschuss	5.644	5.597	- 47	- 0,8
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	---	---	---	---
Sonstige betriebliche Erträge	747	1.247	+ 500	+ 66,9
Summe der Erträge	26.444	26.230	- 214	- 0,8
Personalaufwand	10.715	11.085	+ 370	+ 3,5
Anderer Verwaltungsaufwand	8.169	4.411	- 3.758	- 46,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.612	1.948	+ 336	+ 20,8
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	5.948	8.786	+ 2.838	+ 47,7

Zinsüberschuss: GuV-Posten Nr. 1 bis 3
Provisionsüberschuss: GuV-Posten Nr. 5 und 6
Sonstige betriebliche Erträge: GuV-Posten Nr. 8
Sonstige betriebliche Aufwendungen: GuV-Posten Nr. 11 und 12

Der Zinsüberschuss verringerte sich um 667 T€ auf 19,4 Mio. €. Er bleibt die wichtigste Ertragsquelle des Instituts. Er verringerte sich nach den Zahlen des Betriebsvergleichs im Verhältnis zur Durchschnittsbilanzsumme von 1,97 % auf 1,86 %.

Der leichte Rückgang des Provisionsüberschusses um 47 T€ ist auf Veränderungen unserer Konditionen im Kundengeschäft und der Ertragsstruktur im Depot B-Geschäft zurückzuführen.

Die Erhöhung des Personalaufwandes um 370 T€ ist auf die Auswirkungen des Tarifabschlusses und auf die Anpassung von Pensionsrückstellungen zurückzuführen.

Waren die anderen Verwaltungsaufwendungen in 2007 geprägt durch die Rückstellungen i. S. WestLB AG, reduzierte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr der Aufwand um 3,8 Mio. € wieder auf das Niveau der Vorjahre.

Wie in den Vorjahren wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB dotiert, im Berichtsjahr mit einem Betrag von 2,5 Mio. €. Diese Erhöhung des Eigenkapitals wird in der Gewinn- und Verlustrechnung vor der Ermittlung des Jahresüberschusses berücksichtigt; im Sinne des KWG ist es ein weiterer Eigenkapitalbestandteil.

Der Bewertungsbedarf im Kreditgeschäft und bei den eigenen Wertpapieren war gegenüber dem Vorjahr deutlich geringer. Für die Dotierung der Vorsorgereserven wurde ein höherer Betrag als 2007 reserviert.

Die folgende Tabelle verdeutlicht den Zusammenhang:

	2007 TEUR	2008 TEUR	Veränderung	
			TEUR	%
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	5.948	8.786	+ 2.838	+ 47,7
Fonds für allgemeine Bankrisiken (gem. § 340g HGB)	1.500	2.500	+ 1.000	+ 66,7
Ertrag bzw. Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge	2.698	3.296	+ 598	+ 22,2
Ergebnis vor Steuern	1.750	2.990	+ 1.240	+ 70,9
Steueraufwand	1.728	1.951	+ 223	+ 12,9
Jahresüberschuss/Bilanzgewinn	22	1.039	+ 1.017	+ 4.622,7

Ertrag bzw. Aufwendungen aus
Bewertung u. Risikovorsorge:

GuV-Posten Nr. 14, 16 und 17

Wegen des um 1,2 Mio. € höheren Ergebnisses vor Steuern erhöht sich der Steueraufwand gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Mio. € auf 1,9 Mio. €.

Aus dem gleichen Grund wird zum Jahresende mit rd. 1,0 Mio. € ein wesentlich höherer Bilanzgewinn als für 2007 (22 T€) ausgewiesen.

Zur weitergehenden Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt, in dem eine detaillierte Aufspaltung des Ergebnisses im Verhältnis zur Durchschnittsbilanzsumme erfolgt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die in den vorgenannten Tabellen aufgeführten Aufwendungen und Erträge um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung einem neutralen Ergebnis zugerechnet werden.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung war erneut rückläufig. In absoluten Zahlen hat es sich um rd. 1,0 Mio. € auf 8,1 Mio. € reduziert. Damit ergibt sich für diese wichtige Steuerungsgröße im Verhältnis zur Durchschnittsbilanzsumme nach 0,91 % für 2007 ein Wert von 0,79 % für das Jahr 2008. Die zu Beginn des Berichtsjahres prognostizierte Quote wurde damit leicht überschritten.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung als wesentliche Maßgröße der Ertragskraft liegt damit weiterhin unterhalb des Durchschnitts von Sparkassen vergleichbarer Größenordnung in Westfalen-Lippe. Nach Berücksichtigung des Bewertungsergebnisses ermöglicht es aber erneut die angemessene Aufstockung des Eigenkapitals, das Ausgangsbasis für die künftige Geschäftsentwicklung ist.

Für das Verhältnis von Aufwendungen zu Erträgen ergibt sich aus den bereinigten Werten der Erfolgsrechnung auf Grundlage des Betriebsvergleichs eine Quote von 67,6 % (2007: 64,5 %). Die Personalaufwendungen beliefen sich im Berichtsjahr auf 44,5 % der Erträge (41,6 %).

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage stellt sich die wirtschaftliche Position der Sparkasse auch künftig geordnet dar und bietet eine stabile Ausgangsbasis für eine weitere positive Entwicklung.

Ziele und Grundsätze des Risikomanagements

Risikomanagement

Zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung der Risiken ist ein Risikomanagement- und Überwachungssystem eingerichtet. Das Risikomanagement umfasst die Verfahren zur Identifizierung und Bewertung der Risiken, die

Festlegung von geeigneten Steuerungsmaßnahmen und die notwendigen Kontrollprozesse. Das Risikomanagementsystem ist Bestandteil einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation gemäß § 25a Abs. 1 KWG. Der Bereich „Risikomanagement“ ist in der Unternehmenssteuerung angesiedelt und hat die Aufgabe, die Risiken auf aggregierter Gesamtbankenebene auch in ihrer Wechselwirkung zueinander zu überwachen. Ferner wird das vorhandene Limitsystem weiterentwickelt. Der Vorstand ist für die Festlegung der Risikostrategien in den Geschäftsfeldern und für die Entwicklung des Risikomanagementsystems verantwortlich. Der Verwaltungsrat wird vierteljährlich durch den Gesamtrisikoreport über die Einhaltung der Risikostrategie informiert.

Risikostrategie

Der Vorstand der Sparkasse hat in einer Risikostrategie, die über Teilrisikostراتيجien detailliert wird, die risikopolitische Ausrichtung der Sparkasse festgelegt. Danach werden Risiken bewusst vor dem Hintergrund der Risikotragfähigkeit eingegangen, wenn sie zur Erzielung von Erfolgen notwendig und im Verhältnis zu den Chancen vertretbar sind. Entwickelt sich das Ertrags-/Risikoverhältnis ungünstig, erfolgt eine Verringerung oder vollständige Kompensation der Risiken durch geeignete Steuerungsmaßnahmen.

Risikobehaftete Geschäfte werden nur getätigt, sofern deren Risikogehalt beurteilt werden kann. Bevor Geschäfte mit neuen Produkten oder auf neuen Märkten regelmäßig abgeschlossen werden, ist im Rahmen einer Testphase das Risikopotenzial dieser Geschäfte zu bewerten. Die für die Abwicklung notwendigen Prozesse sind in Arbeitsanweisungen festgelegt.

Vor dem Hintergrund der Risikotragfähigkeit, der Risikostrategien, des eingerichteten Risikomanagementsystems und des allgemeinen Umgangs mit Risiken bewertet der Vorstand der Sparkasse die geschäftspolitische Ausrichtung als risikoneutral.

Risikomanagementprozesse

Der Risikomanagementprozess der Sparkasse umfasst alle Aktivitäten zum systematischen Umgang mit Risiken. Die Sparkasse unterscheidet die Risikokategorien Adressen-, Liquiditäts-, Marktpreis-, operationelle und sonstige Risiken. Er teilt sich auf in die Einzelschritte Risikoerkennung, Risikobewertung, Risikomessung, Risikoberichterstattung, Risikosteuerung und Risikokontrolle. Das Risikomanagementsystem ist in den Risikostrategien und einem Risikohandbuch dokumentiert.

Die Innenrevision prüft im Rahmen des Prüfungsplans in regelmäßigen Abständen das eingerichtete Risikomanagementsystem. Zielsetzung der Prüfungen ist insbesondere die ordnungsgemäße Handhabung der festgelegten Regelungen sowie die Feststellung von Schwachstellen im Risikomanagementsystem und die Überwachung der Umsetzung notwendiger Anpassungen. Des Weiteren wird die Angemessenheit der vorgesehenen Wertberichtigungen in umfangreichen Stichproben geprüft.

Struktur und Organisation der Risikosteuerung

Für Kreditgeschäfte ist eine funktionelle Trennung zwischen Markt und Marktfolge festgelegt einschließlich der Ebene des Vorstandes. Darüber hinaus sind für eine Kreditentscheidung bei risikorelevanten Kreditgeschäften zwei zustimmende Voten aus den Bereichen Markt und Marktfolge erforderlich.

Die funktionale Trennung gilt analog für Handelsgeschäfte. Der Bereich Handel ist von den Funktionen des Risikocontrollings sowie der Abwicklung und Kontrolle bis einschließlich der Ebene des Vorstandes getrennt. Mit diesen Maßnahmen wird der von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) in den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) geforderten Funktionstrennung Rechnung getragen.

Für alle Teilschritte des Risikomanagements sind Verantwortlichkeiten festgelegt worden. Die jährlich durchzuführende Risikoinventur erfolgt dezentral durch die jeweils für die Risikosteuerung verantwortlichen Mitarbeiter. Sie

beinhaltet auch die Bewertung der Risiken, die mit dem Risikomanager abgestimmt wird. Durch dieses Verfahren bestimmt die Sparkasse die für sie wesentlichen Risiken.

Die einheitliche Bewertung wird anhand einer Risikokennzahl, die sich aus den drei Merkmalen Eintrittswahrscheinlichkeit, mögliche Schadenshöhe und Beherrschbarkeit zusammensetzt, vorgenommen. Nach der Höhe der Risikokennzahl richtet sich die Einordnung des jeweiligen Risikos in eine Risikoklasse. Die Risikoklasse bestimmt den Umfang der notwendigen Maßnahmen zur Beobachtung und Steuerung des jeweiligen Risikos.

Für jedes als bedeutend erkannte Risiko existiert ein Risikoerfassungsbogen, der den Risikomanagementprozess (u. a. Methoden zur Messung) des einzelnen Risikos beschreibt. Die Erfassungsbögen sind Teil des Risikohandbuches.

Die Aktivitäten zur Messung und Überwachung der Risiken auf Gesamtbankebene sind den Bereichen Unternehmenssteuerung und Kreditsekretariat zugeordnet worden. Diese Bereiche analysieren und quantifizieren die Risiken der Sparkasse, überwachen die Einhaltung der vom Vorstand festgelegten Limite und übernehmen die Risikoberichterstattung.

Der Risikomanager in der Unternehmenssteuerung ist auch für die Fortentwicklung des Risikomanagementsystems und die Abstimmung der gesamten Aktivitäten im Risikomanagement verantwortlich.

Die durchgeführten Maßnahmen zur Steuerung und Verringerung der Risiken werden regelmäßig auf Effizienz überprüft. Zwischen der Risikosteuerung und der Risikokontrolle besteht mindestens eine personelle Funktionstrennung. Die sich aus der Risikokontrolle ergebenden Korrekturen fließen in den Risikomanagementprozess ein.

Die Messung der Risiken erfolgt für die in eine Risikotragfähigkeitsrechnung einbezogenen wesentlichen Risiken grundsätzlich periodenorientiert. In dieser GuV-orientierten Sichtweise werden die Risiken danach gemessen, ob und in welcher Höhe ihr Eintritt Auswirkungen auf den handelsrechtlichen Jahresüberschuss der Sparkasse hat.

Den jeweiligen Risikopotenzialen werden im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung limitierte Risikodeckungsmassen gegenübergestellt. Ferner ist der Umgang mit wesentlichen Risiken in der Risikostrategie und der jeweils zugehörigen Teilrisikostrategie beschrieben. Die Risiken aus Handelsgeschäften werden über ein zusätzliches Limitsystem täglich überwacht. Die Dienstanweisungen beinhalten Instrumente und Verfahren, die zur Verringerung von Risiken eingesetzt werden. Dort sind die Bearbeitungs- und Kontrollprozesse umfassend beschrieben.

Risikoreporting

Über die eingegangenen Risiken wird dem Vorstand und dem Verwaltungsrat regelmäßig im Rahmen eines vierteljährlichen Gesamtrisikoberichtes und unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben durch die MaRisk schriftlich berichtet.

Der Gesamtrisikobericht enthält neben einer zusammenfassenden Beurteilung der Risikosituation und der Limitauslastungen über ein Ampelsystem auch Handlungsempfehlungen zur Steuerung und Verringerung des Risikos, über die die Geschäftsleitung entscheidet. Dadurch kann zeitnah die Einhaltung der durch die Risikostrategien vorgegebenen Regelungen überprüft werden.

Die Risiken und die Limitauslastungen einzelner Risikoarten werden zusätzlich durch eine Vielzahl regelmäßiger und spezialisierter Berichte zeitnah und umfänglich dargestellt. Über die Risikoereignisse von wesentlicher Bedeutung werden differenzierte Berichte täglich, wöchentlich, monatlich oder quartalsweise erstellt.

Zusätzlich existieren Regeln für ein nach Risikoarten differenziertes Ad-hoc-Frühwarnsystem.

Die Adressaten der einzelnen Berichte sind in der Regel der Gesamtvorstand und die operativen Bereiche sowie in komprimierter Form der Verwaltungsrat.

Adressenausfallrisiken

Die Adressenausfallrisiken umfassen im Wesentlichen das Ausfallrisiko aus Kreditgeschäften, das Beteiligungsrisiko, das Emittenten- und Kontrahentenrisiko aus Handelsgeschäften sowie das Länderrisiko. Letzteres spielt aufgrund der regionalen Ausrichtung der Sparkasse eine weniger bedeutende Rolle für die Risikosteuerung.

Das Adressenausfallrisiko beschreibt die Gefahr, dass vertraglich zugesagte Leistungen durch den Ausfall eines Geschäftspartners ganz oder teilweise ausbleiben. Ferner besteht das Risiko, dass sich der Wert einer Forderung durch eine nicht vorhersehbare Bonitätsverschlechterung verringert.

Adressenausfallrisiken im Kundengeschäft

Das Kundenkreditgeschäft der Sparkasse gliedert sich in zwei große Gruppen: Das Firmenkunden-/Kommunalkreditgeschäft und das Privatkundenkreditgeschäft.

Die geschäftspolitische Ausrichtung im Kreditgeschäft wird jährlich vor dem Hintergrund der Risikotragfähigkeit in der Kreditrisikostategie formuliert. Im Mittelpunkt der Überlegungen stehen dabei die Einhaltung der Risikotragfähigkeit, die Gewährleistung einer hinreichenden Portfolioqualität und die Vermeidung von Konzentrationsrisiken.

Die Limitierung, Steuerung und Überwachung des Gesamtkreditportfolios erfolgt u. a. durch die Festlegung von Kredithöchstgrenzen zur Begrenzung von Einzelrisiken und durch Analysen verschiedener Strukturmerkmale des Kreditportfolios.

Die Analysen sind neben der Limitauslastung und Darstellung der Risikoversorge auch Gegenstand des vierteljährlichen Kreditrisiko- sowie des Gesamtrisikoberichtes.

Im Rahmen des Risikofrüherkennungssystems wird die Entwicklung auffälliger Engagements zeitnah beobachtet und mit entsprechenden Maßnahmen gesteuert.

Die Sparkasse wählt ihre Vertragspartner sehr sorgfältig aus. Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Bonitätsbeurteilung des Kreditnehmers. Im risikorelevanten Kreditgeschäft nach den MaRisk ist ein zweites zustimmendes Kreditvotum durch vom Markt unabhängige Marktfolgeeinheiten erforderlich.

Zur Beurteilung der Bonität der Kreditnehmer werden verschiedene Module eingesetzt. Jahresabschlüsse werden mithilfe eines vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) entwickelten Einzelbilanzanalyse-Systems ausgewertet. Die Auswertungen werden gegebenenfalls um Unternehmer- und Unternehmensbeurteilungen ergänzt.

Es werden die vom DSGV bzw. der S-Rating- und Risikosysteme GmbH (SR) entwickelten einheitlichen Risikoklassifizierungsverfahren der Sparkassenorganisation eingesetzt. Die Verfahren berücksichtigen die jeweiligen Besonderheiten der einzelnen Kundengruppen.

Die Organisation des Kreditgeschäfts und die Bonität einzelner Kreditnehmer werden jährlich durch die Innenrevision der Sparkasse in umfangreichen Stichproben geprüft.

Zur Steuerung des Firmenkundenkreditportfolios werden die gerateten Kreditnehmer einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Darüber hinaus werden Ver-

gleiche im Zeitablauf in absoluten und relativen Zahlen vorgenommen, um die Entwicklung des Portfolios erkennen zu können.

Zur frühzeitigen Identifizierung der Kreditnehmer, bei denen sich erhöhte Risiken abzuzeichnen beginnen, hat die Sparkasse ein Risikofrüherkennungssystem eingerichtet. Im Rahmen dieses Verfahrens sind quantitative und qualitative Indikatoren festgelegt worden, die eine frühzeitige Risikoidentifizierung ermöglichen. Für den Firmen- und Gewerbekundenbereich wird ein EDV-gestütztes Verfahren eingesetzt, das eine systematische Risikofrüherkennung unterstützt.

Soweit einzelne Kreditengagements festgelegte Kriterien aufweisen, die auf erhöhte Risiken hindeuten, wird in Abhängigkeit von den aufgetretenen Risikomerkmale und der Größe der Engagements über die Intensität der künftigen Betreuung entschieden. Die Engagements werden gesondert überwacht und vierteljährlich analysiert. Aus dieser Analyse werden ggf. zielgerichtete, risikomindernde Handlungsmaßnahmen abgeleitet.

Kritische Kreditengagements werden von Mitarbeitern betreut, die auf die Sanierung bzw. Abwicklung (Marktfolgeeinheiten) spezialisiert sind. Grundlage ist jeweils ein Sanierungs- bzw. Abwicklungskonzept (Problemkredite).

Die Sparkasse hat in Organisationsrichtlinien Kriterien festgelegt, auf deren Grundlage eine Sanierung, Abwicklung oder Risikovorsorge in Form von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen zu erfolgen hat.

Diese Risikovorsorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle Zins- und Tilgungszahlungen nach dem vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen.

Bei der Bemessung der Risikovorsorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt.

Das Gesamtrisiko unseres Kundenkreditgeschäfts zeigt sich gemäß des Kreditrisikoberichtes per 31.12.2008 gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich verändert.

Nach unserer Risikoklassifizierung ist der Bestand der Kreditengagements in den Ratingklassen mit erhöhten Risiken, wie schon im Vorjahr, auf niedrigem Niveau.

Die Limite lt. Risikotragfähigkeit wurden nur teilweise belegt.

Adressenausfallrisiken aus Beteiligungen

Die Sparkasse ist am Kapital des Westfälisch-Lippischen Sparkassen- und Giroverbandes beteiligt, dies ist auf die Pflichtmitgliedschaft zurückzuführen. Die Sparkasse verzichtet daher bis auf weiteres auf ein eigenständiges Risikocontrolling sowie eine gesonderte Risikostrategie. Der WLSGV ist u. a. Träger von Beteiligungen an der Provinzial NordWest Versicherungsgruppe, der WestLB AG und der Landesbausparkasse LBS.

Zur Überwachung der wirtschaftlichen Entwicklung der Beteiligungsunternehmen werden jährlich die Jahresabschlüsse ausgewertet und beurteilt.

Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften

In der Risikostrategie, der zugehörigen Marktpreisrisikostrategie und den Arbeitsanweisungen hat der Vorstand festgelegt, dass Handelsgeschäfte ausschließlich unter Berücksichtigung folgender Rahmenbedingungen abgeschlossen werden können:

- Geldhandelsgeschäfte in Form von Tages- und Termingeldanlagen zur Anlage liquider Mittel und zu Zwecken des Bilanzstrukturmanagements.
- Anlage in festverzinslichen Wertpapieren und Investmentfonds zu.

Zwecken des Bilanzstrukturmanagements und zur Verbesserung der Rentabilität

- Anlage in Aktien zur Verbesserung der Rentabilität.
- Devisengeschäfte in geschlossenen Positionen.

Die Sparkasse Rheine hat sich vor dem Hintergrund des eingeschränkten Umfangs an Handelsgeschäften als Nichthandelsbuchinstitut definiert. Den Umfang derartiger Geschäfte hat sie auf 14,0 Mio. € begrenzt.

Das Adressenausfallrisiko aus Handelsgeschäften wird über Mindestratings und Limite für einzelne Emittenten(gruppen) begrenzt. In der internen Steuerung werden ausgehend von den Bonitätseinschätzungen der Ratingagentur Standard & Poors (S&P) die Ausfallwahrscheinlichkeiten für Adressenausfallrisiken durch Umrechnung auf die DSGV-Masterskala berücksichtigt. Falls einzelne Papiere über kein Rating von S&P verfügen, greifen definierte Regeln, um die Adressenausfallrisiken abzubilden.

Die Adressenausfallrisiken aus den Handelsgeschäften bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen. Für die Messung der Adressenausfallrisiken werden die Ratings der jeweiligen Emission verwendet. Das Emissionsrating berücksichtigt auch die Qualität des jeweiligen Wertpapiers, z. B. die Besicherung bei Pfandbriefen. Das Emissionsrating bildet das Risiko i. d. R. besser als das Rating des Emittenten ab.

Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken beschreiben die Gefahren negativer Entwicklungen der Geld- und Kapitalmärkte für die Sparkasse. Diese ergeben sich aus Veränderungen der Marktpreise von Wertpapieren, Devisen und Rohstoffpreisen, aus Schwankungen der Zinssätze und den daraus resultierenden Preisveränderungen der Derivate.

Zu den Marktpreisrisiken der Sparkasse zählt in erster Linie das Zinsänderungsrisiko.

Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Die Ermittlung der Marktpreisrisiken der Handelsgeschäfte erfolgt anhand von Overnight- und Value-at-Risk-Szenarien, letzteres mit einer fest vorgegebenen Haltedauer von zehn Tagen.

Darüber hinaus wird eine tägliche Bewertung zu Marktpreisen (Mark-to-Market) durchgeführt. Die für die Berechnungen notwendigen Risikoparameter werden von der WestLB AG zur Verfügung gestellt. Der Ermittlung liegt eine Vergangenheitsbetrachtung zugrunde, die es erlaubt, den Risikokurs anzugeben, der mit einer 99%-igen Wahrscheinlichkeit nicht unterschritten wird. Stützbereich der Parameter sind die letzten 250 bzw. 60 Handelstage, wobei der jeweils kritischere Wert Berücksichtigung findet.

Der berechnete Value-at-Risk wird dem bereitgestellten Risikodeckungskapital gegenübergestellt. Er wird durch das Globallimit „Marktpreisrisiken“, das vor dem Hintergrund der Risikotragfähigkeit festgelegt wird, begrenzt.

Sämtliche Marktpreisrisiken des Eigenanlagegeschäftes in Wertpapieren werden auf der Grundlage der MaRisk täglich durch den Bereich Unternehmenssteuerung nach Art und Höhe bewertet.

Über die Auslastung der Limite wird die Geschäftsleitung mindestens wöchentlich, bei bestimmten Entwicklungen sogar täglich, über den „Marktpreisrisikoreport“ informiert. Der Überwachungsvorstand unterrichtet den Gesamtvorstand monatlich über die Risiko- und Ertragslage der Handelsgeschäfte der Sparkasse.

Vierteljährlich wird ein Worst-case-Szenario durch Verlängerung der Haltedauer errechnet.

Die angewandten Risikoparameter werden jährlich einem Backtesting unterzogen, um deren Vorhersagekraft einschätzen zu können.

	Die Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr grundsätzlich innerhalb der von uns vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen
Aktienkursrisiken	Aktienkursrisiken beschreiben die Gefahr, dass durch Preisveränderungen auf den Aktienmärkten die jeweiligen Bestände bzw. offenen Positionen an Wert verlieren und dadurch ein Verlust entsteht. Aktienkursrisiken werden auf das Limit für Marktpreisrisiken angerechnet.
Währungsrisiken	Die Währungsrisiken, die durch Devisengeschäfte mit unseren Kunden entstehen, werden 1 : 1 über Deckungsgeschäfte glattgestellt, so dass die Sparkasse keine offenen Devisenpositionen unterhält.
Zinsänderungsrisiken auf Gesamtbankebene	Das Zinsänderungsrisiko der Sparkasse wird hinsichtlich der Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung untersucht. Die Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung resultieren aus unterschiedlichen Beständen an festverzinslichen Aktiva und Passiva, so dass sich bei Marktzinsveränderungen, z. B. der Zinsaufwand, stärker erhöhen kann als der Zinsertrag. In regelmäßigen Abständen wird das gesamte Zinsänderungsrisiko der Sparkasse mithilfe von Zinsspannsimulationen ermittelt. Das Zinsspannenrisiko wird unter Berücksichtigung der Konditionenpolitik in Verbindung mit definierten Zinsanpassungselastizitäten über unterschiedliche Zinsszenarien berechnet (dynamische Elastizitätenbilanz). Die Auswirkungen des Zinsänderungsrisikos auf die zukünftige Ertragslage sind daher im Sinne einer langfristig orientierten Geschäftspolitik beherrschbar. Zur Beurteilung der aktuellen und künftigen Ertragslage werden der Geschäftsleitung regelmäßig Prognoserechnungen mit verschiedenen Zinsentwicklungs- und Strukturszenarien vorgelegt.
Management der Liquiditätsrisiken	Unter dem Liquiditätsrisiko wird das Risiko verstanden, dass die Sparkasse ihren Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt der Fälligkeit nicht mehr nachkommen kann. Die Vorgaben zur Steuerung der Liquiditätsrisiken hat der Vorstand in einer Liquiditätsrisikostategie festgelegt. Diese beinhaltet unter anderem eine Vorgabe für einen Mindestliquiditätsbestand, der nicht nachhaltig unterschritten werden darf. Dazu werden unter anderem ausreichende Kassenbestände sowie Termin- und Tagesgeldanlagen bei anderen Kreditinstituten unterhalten. Darüber hinaus bestehen umfangreiche Refinanzierungsmöglichkeiten bei der Deutschen Bundesbank und anderen Kreditinstituten. Die Fälligkeiten sind auf die erwarteten Zahlungsströme aus dem Kundengeschäft und aus eigenen Wertpapieranlagen abgestimmt. Bei den Dispositionen werden entsprechende Reserven berücksichtigt, die außergewöhnliche Liquiditätsabflüsse abdecken. Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben. Im Hinblick auf die Ausstattung mit liquiden Mitteln, die erwarteten Liquiditätszuflüsse sowie die Kredit- und Refinanzierungsmöglichkeiten ist dies auch für die Zukunft gewährleistet. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten.

Management der operationellen Risiken

Operationelle Risiken sind als Gefahr von Schäden definiert, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten.

Technische Risiken beziehen sich auf die Funktionsbereitschaft technischer Geräte und der erforderlichen EDV-Programme sowie die Funktionsfähigkeit von Kommunikationsmitteln. Auswirkungen von Katastrophen, hervorgerufen durch Naturereignisse oder Terroranschläge, können sich ebenfalls in technischen Risiken niederschlagen.

Davon zu unterscheiden sind die Verhaltensrisiken, die durch Betrug, Irrtum oder Fahrlässigkeit von Mitarbeitern oder Dritten hervorgerufen werden. Unter die strategischen Risiken fällt z. B. die Gefahr, dass sich rechtliche Rahmenbedingungen zum Nachteil der Sparkasse ändern.

Den Verhaltensrisiken begegnet die Sparkasse mit entsprechenden Kontrollsystemen, deren Funktionsfähigkeit laufend von den Führungskräften der einzelnen Organisationseinheiten und der Innenrevision überwacht wird. Weiterhin erfolgt im Rahmen eines periodischen Beurteilungssystems die Überprüfung der fachlichen Kompetenzen und charakterlichen Eigenschaften der Mitarbeiter. Die fachliche Kompetenz wird durch bedarfsgerechte, strukturierte Aus- und Fortbildungsmaßnahmen gestärkt.

Für die technischen Risiken hat die Sparkasse entsprechende Notfallkonzepte entwickelt, die die Funktionsfähigkeit des Betriebsablaufes auch bei unvorhersehbaren Ereignissen sicherstellen. Ferner bestehen für Notfall- und Katastrophensituationen Alarm- und Räumungspläne für die Hauptstelle der Sparkasse. Für die Konformität des eingesetzten EDV-Instrumentariums wurde entsprechende Vorsorge getroffen. Einzelheiten dazu wurden vom Vorstand in der IT-Strategie festgelegt.

Darüber hinaus wurden Versicherungen abgeschlossen, die gegebenenfalls eintretende Vermögensschäden weitgehend abfangen sollen.

Für die Bewertung der operationellen Risiken hat die Sparkasse eine Schadensfalldatenbank implementiert, womit die in der Sparkasse aufgetretenen Schadensfälle erfasst werden.

Der Vorstand wird jährlich über Art und Umfang eingetretener Schadensfälle und die eingeleiteten organisatorischen und personellen Maßnahmen unterrichtet.

Die Summe der Schäden aus operationellen Risiken lag deutlich unterhalb des Limits.

Risikotragfähigkeit

Der Risikomanager legt vierteljährlich dem Vorstand einen Gesamtrisikobericht vor. Er umfasst eine zusammenfassende Darstellung und Würdigung aller wesentlichen Einzelrisiken sowie die Bewertung der Gesamtrisikosituation der Sparkasse.

Der Bericht basiert auf einer GuV-orientierten Risikotragfähigkeitsrechnung. Dieser Bericht und ggf. zur Risikominderung eingeleitete Maßnahmen werden dem Verwaltungsrat vom Vorstand vorgestellt und mit diesem erörtert.

Das Risikodeckungspotenzial der Sparkasse setzt sich aus dem Eigenkapital und den Vorsorgereserven zusammen. Ferner wird das prognostizierte Jahresergebnis nach Abzug eines geplanten Mindestgewinnes unter Beachtung von Steuerzahlungen sowie geplanten Ausschüttungen berücksichtigt.

Das Risikopotenzial wird i. d. R. aus Erfahrungswerten der Vergangenheit abgeleitet. Beim Adressenrisiko aus Kundengeschäften wird ein langfristiger Durchschnittswert unter Berücksichtigung der Erwartungen für die Zukunft angesetzt.

Adressenausfallrisiken und Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften werden,

orientiert am Rating bzw. an den Value-at-Risk-Werten, gemessen.

Das Zinsspannenrisiko und das Bewertungsrisiko der festverzinslichen Wertpapiere wird über Simulationen ermittelt.

Bei der Limitierung des Liquiditätsrisikos orientiert sich die Sparkasse an festgelegten Kennzahlen.

Die Limitierung der operationellen Risiken orientiert sich an den Verwaltungsaufwendungen.

Die Risiken sind vor dem Hintergrund des Risikodeckungspotenzials jederzeit tragbar.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Voraussichtliche Entwicklung

Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Auch in den ersten Monaten des Jahres 2009 herrscht große Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Volkswirtschaften der G 8, aber auch weltweit. Deutlich wird das daran, dass auch die angestrebten positiven Auswirkungen der unterschiedlichen konjunkturstützenden und steuersparenden Programme nicht berechenbar sind. In der Folge werden die Aussichten für die Realwirtschaft weltweit nicht nur erheblich zurückgenommen, sondern bereits mit krisenhaften Zuspitzungen in Verbindung gebracht. Allein für die Bundesrepublik rechnen Wirtschaftsforschungsinstitute mit einer rückläufigen Wirtschaftsleistung von bis zu 4,0 %.

In der Region des nördlichen Münsterlandes werden die Geschäftserwartungen ebenfalls deutlich nach unten korrigiert und die Verluste von Arbeitsplätzen scheinen unausweichlich. Ursächlich ist die fortschreitende Abkühlung der Weltwirtschaft, die durch die krisenhafte Verschärfung an den internationalen Finanzmärkten überlagert und verstärkt wird.

Vor diesem Hintergrund sehen wir für die Sparkasse nur eingeschränkte Möglichkeiten, im Kundengeschäft bedeutende Zuwächse zu erreichen. Das wird auch deutlich in der Planung der wesentlichen Geschäftsfelder für die Jahre 2009 und 2010.

Bilanzsumme

Aufgrund der budgetierten Entwicklung im Kunden- und Eigengeschäft wird sich die durchschnittliche Bilanzsumme in 2009 um rd. 3,1 % erhöhen. Für das Jahr 2010 rechnen wir ebenfalls mit einer Steigerungsrate von rd. 3,1%.

Kreditgeschäft

Die Forderungen an Kunden sehen wir für 2009 insgesamt mit 0,9 % im Plus. Dieser Zuwachs wird bei den privaten Krediten und Darlehen entstehen, im gewerblichen Geschäft erwarten wir nach Tilgungen und Neuausleihungen den gleichen Bestand wie am Jahresanfang. Für das Jahr 2010 gehen wir davon aus, dass sich das Wachstum auf moderatem Niveau weiter fortsetzen wird.

Trotz des nach wie vor erheblichen Wettbewerbes rechnen wir aufgrund der Normalisierung der Zinsstrukturkurve im Kreditgeschäft mit höheren Erträgen aus der Fristentransformation.

Einlagengeschäft

Das zum Ende des Berichtsjahres rasante Wachstum der Kundeneinlagen wird sich so in 2009 sicher nicht fortsetzen. Trotzdem dürften weitere Zuwächse möglich sein, so dass wir mit einem Plus von 4,7 % rechnen. Für das Folgejahr 2010 erwarten wir einen ähnlichen Anstieg der bilanzwirksamen Einlagen.

Entscheidend für die Zielerreichung dürfte das richtige Zusammenwirken von Zinssatz und Laufzeit der Einlage für die Kunden sein.

Dienstleistungsgeschäft

Für 2009 und das Folgejahr gehen wir bei Umsatz und Erträgen davon aus, dass nahezu das Ergebnis des Geschäftsjahres 2008 wieder erreicht wird.

Finanzlage

Es sind keine größeren oder besonderen Investitionen in den Geschäftsjahren 2009 und 2010 vorgesehen.

Das Wachstum im Kredit- und Darlehensbereich kann planmäßig aus dem Zuwachs bei den Kundeneinlagen refinanziert werden.

Ertragslage

In Verbindung mit der Normalisierung der Zinsstrukturkurve erwarten wir erstmals seit mehreren Jahren in 2009 eine leichte Verbesserung bei der Zinsspanne. Nach Berücksichtigung des ordentlichen Ertrages und des ordentlichen Aufwandes rechnen wir mit einem Betriebsergebnis vor Bewertung wie im abgelaufenen Geschäftsjahr. Für 2010 erwarten wir eine weitere moderate Verbesserung.

Eine Prognose des Bewertungsergebnisses im Kreditgeschäft ist grundsätzlich mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Ob sich die moderate Risikolage der letzten Jahre aufgrund der konjunkturellen Beeinträchtigungen beibehalten lässt, wird sich zeigen. Denn unvorhersehbare negative Entwicklungen einzelner Kreditnehmer können jederzeit zu einem nennenswerten Risikovorsorgebedarf führen. Deshalb ist eine Quantifizierung des Bewertungsergebnisses nicht möglich.

Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage ist eine angemessene Eigenkapitalzuführung gesichert, und das geplante Wachstum kann mit einer weiterhin soliden Eigenkapitalausstattung dargestellt werden.

STADTSPARKASSE RHEINE
DER VORSTAND

Tilly

Buschkühle

BERICHT DES VERWALTUNGSRATS

Der Verwaltungsrat nahm im Berichtsjahr seine gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben wahr. Der Vorstand der Sparkasse unterrichtete den Verwaltungsrat in insgesamt zehn Sitzungen regelmäßig über grundsätzliche Fragen der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse der Sparkasse.

Die Geschäftsführung des Vorstands wurde durch den Verwaltungsrat überwacht, und er fasste die in seiner Zuständigkeit liegenden Beschlüsse.

Die Prüfungsstelle des Westfälisch-Lippischen Sparkassen- und Giroverbands prüfte den vorgelegten Jahresabschluss und den Lagebericht des Jahres 2008. Der Verwaltungsrat wurde ausführlich über den Ablauf und das Ergebnis der Prüfung unterrichtet. Die Prüfungsstelle hat den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Verwaltungsrat stellte den Jahresabschluss 2008 fest und billigte den Lagebericht des Vorstands.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Darüber hinaus bedankt er sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die gemeinsam geleistete engagierte Arbeit. Sie trug wesentlich zum Erfolg des Geschäftsjahrs 2008 bei.

Rheine, 11. Mai 2009

Josef Wilp

vorsitzendes Mitglied
des Verwaltungsrates

der	Stadtsparkasse Rheine
Land	Nordrhein-Westfalen
Regierungsbezirk	Münster (Westf.)

	EUR	EUR	EUR	31.12.2007 TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		6.963.206,51		9.283
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		<u>11.664.659,09</u>		<u>10.104</u>
			18.267.865,60	<u>19.387</u>
2. Schudtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schudtitel öffentlicher Stellen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
b) Wechsel		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			<u>-,-</u>	<u>-</u>
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		32.004.426,66		25.415
b) andere Forderungen		<u>90.143.954,44</u>		<u>61.711</u>
			122.148.381,10	<u>87.126</u>
			<u>608.050.408,31</u>	<u>615.724</u>
4. Forderungen an Kunden				
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	407.149.634,74 EUR			(396.138)
Kommunalkredite	<u>10.106.364,78 EUR</u>			(10.797)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	<u>-,-</u>			<u>-</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>-,-</u> EUR			(-)
ab) von anderen Emittenten	<u>-,-</u>			<u>-</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>-,-</u> EUR			(-)
		<u>-,-</u>		<u>-</u>
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	<u>6.568.196,72</u>			<u>16.456</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>6.568.196,72</u> EUR			(6.568)
bb) von anderen Emittenten	<u>159.876.097,84</u>			<u>118.585</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>159.876.097,84</u> EUR	<u>166.444.294,56</u>		<u>135.041</u>
				(118.585)
c) eigene Schuldverschreibungen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
Nennbetrag	<u>-,-</u> EUR			(-)
			166.444.294,56	<u>135.041</u>
			<u>88.870.998,59</u>	<u>90.002</u>
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				
			8.850.150,00	<u>8.880</u>
7. Beteiligungen				
darunter:	<u>-,-</u> EUR			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	<u>-,-</u> EUR			(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			150.000,00	<u>113</u>
darunter:				
an Kreditinstituten	<u>-,-</u> EUR			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	<u>-,-</u> EUR			(-)
9. Treuhandvermögen			310.348,81	<u>372</u>
darunter:				
Treuhandkredite	<u>310.348,81</u> EUR			(372)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			<u>-,-</u>	<u>-</u>
11. Immaterielle Anlagewerte			123.665,00	<u>248</u>
12. Sachanlagen			9.915.279,53	<u>10.710</u>
13. Sonstige Vermögensgegenstände			4.625.872,84	<u>6.522</u>
14. Rechnungsabgrenzungsposten			<u>1.281.069,86</u>	<u>1.273</u>
Summe der Aktiva			<u>1.029.398.334,20</u>	<u>975.398</u>

	EUR	EUR	EUR	31.12.2007 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		5.410.493,92		7.655
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>360.274.651,22</u>		<u>344.370</u>
			365.685.145,14	<u>352.025</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	234.177.310,69			215.469
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>3.018.081,04</u>			<u>5.299</u>
b) andere Verbindlichkeiten		<u>237.196.391,73</u>		<u>220.768</u>
ba) täglich fällig	215.857.391,53			177.626
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>118.544.947,00</u>			<u>139.777</u>
		<u>334.402.338,53</u>		<u>317.403</u>
			571.597.730,26	<u>538.171</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		8.830.736,15		6.213
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>-,-</u>		-
darunter:			8.830.736,15	6.213
Geldmarktpapiere	-,- EUR			(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-,- EUR			(-)
4. Treuhandverbindlichkeiten			310.3148,81	372
darunter: Treuhandkredite	310.348,81 EUR			(372)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			1.164.284,63	1.148
6. Rechnungsabgrenzungsposten			1.577.253,71	1.518
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		5.911.067,00		5.744
b) Steuerrückstellungen		<u>-,-</u>		-
c) andere Rückstellungen		<u>8.053.296,36</u>		<u>7.477</u>
			13.964.363,36	<u>13.221</u>
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			-,-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			7.223.635,62	7.224
10. Genussrechtskapital			-,-	-
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-,- EUR			(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			9.000.000,00	6.500
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		-,-		-
b) Kapitalrücklage		<u>-,-</u>		-
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	47.466.083,43			47.445
cb) andere Rücklagen	<u>1.539.493,21</u>			<u>1.539</u>
		49.005.576,64		48.984
d) Bilanzgewinn		<u>1.039.259,88</u>		<u>22</u>
			50.044.836,52	<u>49.006</u>
Summe der Passiva			1.029.398.334,20	975.398
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		-,-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		<u>16.154.071,98</u>		<u>15.235</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>-,-</u>		-
			16.154.071,98	<u>15.235</u>
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		-,-		-
b) Plazierungs- und Übernahmeverpflichtungen		<u>-,-</u>		-
c) unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>24.930.672,86</u>		<u>15.374</u>
			24.930.672,86	<u>15.374</u>

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008

	EUR	EUR	EUR	2007 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	40.043.943,58			38.387
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schulbuchforderungen	5.462.982,52			6.178
		45.506.926,10		44.565
2. Zinsaufwendungen		29.988.782,61		28.207
			15.518.143,49	16.358
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		3.635.675,52		3.411
b) Beteiligungen		181.323,54		224
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		50.821,26		60
			3.867.820,32	3.695
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			-,--	-
5. Provisionserträge		5.992.314,71		6.033
6. Provisionsaufwendungen		395.373,33		389
			5.596.941,38	5.644
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand aus Finanzgeschäften			-,--	-
8. Sonstige betriebliche Erträge			1.247.090,52	747
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			-,--	-
			26.229.995,71	26.444
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	8.141.693,47			8.019
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung darunter: für Altersversorgung	2.943.499,66 (1.298.994,54)			2.696 (1.060)
		11.085.193,13		10.715
b) andere Verwaltungsaufwendungen		4.410.775,37		8.169
			15.495.968,50	18.884
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			1.297.752,10	1.413
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			650.343,30	199
13. Zuführung zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			2.500.000,00	1.500
14. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		3.861.202,46		2.113
15. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		-,--		-
			3.861.202,46	2.113
16. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		-,--		585
17. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		564.939,23		-
			564.939,23	585
18. Aufwendungen aus Verlustübernahme			-,--	-
19. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil			-,--	-
20. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			2.989.668,58	1.750
21. Außerordentliche Erträge		-,--		-
22. Außerordentliche Aufwendungen		-,--		-
23. Außerordentliches Ergebnis			-,--	-
24. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		1.908.895,03		1.713
25. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		41.513,67		15
			1.950.408,70	1.728
26. Jahresüberschuss			1.039.259,88	22
27. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			-,--	-
			1.039.259,88	22
28. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		-,--		-
b) aus anderen Rücklagen		-,--		-
			1.039.259,88	22
29. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		-,--		-
b) in andere Rücklagen		-,--		-
			-,--	-
30. Bilanzgewinn			1.039.259,88	22

Anhang

A. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgt gemäß den §§ 252 ff. und §§ 340 ff. HGB.

Forderungen

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute haben wir zum Nennwert bilanziert. Bei der Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien werden kapitalanteilig über die vereinbarte gesamte Darlehenslaufzeit bzw. auf die Dauer der Festzinsvereinbarung verteilt. Wechsel werden abgezinst mit den Her-einnahmesätzen ausgewiesen.

Erkennbaren Risiken aus Forderungen wurde durch deren Bewertung nach den Grundsätzen kauf-männischer Vorsicht ausreichend Rechnung getragen. Soweit die Gründe für vorgenommene Wertbe-richtigungen nicht mehr bestehen, werden Zuschreibungen vorgenommen.

Strukturierte Produkte

Strukturierte Produkte werden grundsätzlich als einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert. Lie-gen die Voraussetzungen für eine einheitliche Bewertung nicht vor, werden die strukturierten Pro-dukte für Zwecke der Bewertung in ihre Bestandteile zerlegt.

Strukturierte Schuldscheindarlehen

Wir halten am Bilanzstichtag TEUR 21.000 (Nominalwerte) strukturierte Schuldscheindarlehen im Be-stand. Die variable Verzinsung der kapitalgarantierten Schuldscheindarlehen ist an die Differenz zwi-schen zwei Referenz-Swap-Sätzen gekoppelt.

Wertpapiere

Die Wertpapiere werden zu den Anschaffungskosten bewertet, soweit die beizulegenden Werte am Bilanzstichtag nicht niedriger sind (strenges Niederstwertprinzip). Für die Wertpapiere des Anlage- vermögens wurde aufgrund der Absicht, diese bis zur Endfälligkeit in Dauerbesitzabsicht zu halten, von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, Abschreibungen auf die steuerlich anerkannte Bewertungs- untergrenze zu beschränken. Dadurch konnten ergebniswirksame Abschreibungen von TEUR 1.668 vermieden werden. Soweit aufgrund der Wertentwicklung die Gründe für die in den vergangenen Ge- schäftsjahren vorgenommenen Abschreibungen nicht mehr bestehen, werden Zuschreibungen auf den höheren beizulegenden Wert, höchstens bis zu den Anschaffungskosten vorgenommen.

Wir haben unsere Wertpapiere daraufhin untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht oder der Markt als inaktiv anzusehen ist. Dabei haben wir die Marktverhältnisse in enger zeitlicher Nähe zum Bilanzstichtag einbezogen.

Einen aktiven Markt haben wir unterstellt, wenn Marktpreise von einer Börse, einem Händler oder ei- ner Preis-Service-Agentur leicht und regelmäßig erhältlich sind und auf aktuellen und regelmäßig auftretenden Markttransaktionen beruhen.

Aufgrund der Finanzmarktkrise waren jedoch die Märkte für unseren zinsbezogenen Wertpapier- bestand zum Bilanzstichtag als nicht aktiv anzusehen. Daher haben wir, sofern auch keine Informati- onen über jüngste Transaktionen in diesen oder vergleichbaren Wertpapieren vorlagen, von Markt- teilnehmern veröffentlichte indikative Kurse verwendet. Diese indikativen Kurse haben wir anhand weiterer Marktinformationen einer Plausibilitätskontrolle unterzogen.

Diese Plausibilitätskontrolle erfolgte über eine modellbasierte Ermittlung eines beizulegenden Werts mit Hilfe von Discounted Cashflow Verfahren (DCF Modell). Die aus den jeweiligen Wertpapieren er- warteten Cashflows werden mit einem laufzeit- und risikoadäquaten Zinssatz auf den Bewertungs- stichtag abgezinst. Der Schätzung der Cashflows wurden grundsätzlich die vertraglichen Regelungen über die Zins- und Tilgungszahlungen zugrunde gelegt.

Der Diskontierungszins setzt sich aus einem Basiszins und einem Risikozuschlag zusammen. Für die Bestimmung der Parameter haben wir vorrangig am Markt beobachtbare Werte verwendet. Als Basiszins haben wir deshalb die „Bund-Kurve“ bzw. die für den Interbankenhandel mit Zinsswaps am Markt beobachtbare Zinsstrukturkurve („Swap-Kurve“) verwendet.

Der Risikozuschlag setzt sich aus einem Zuschlag für das Adressenausfallrisiko des Emittenten und einem Zuschlag für das Liquiditätsrisiko zusammen.

Den Risikozuschlag für das Adressenausfallrisiko haben wir mithilfe der sich aus einem externen Rating ergebenden statistischen Ausfallwahrscheinlichkeit, die mit einer erwarteten Ausfallquote gewichtet wurde, berechnet. Bei Pfandbriefen inländischer Emittenten haben wir als Basiszins die „vdp-Pfandbriefkurve“ verwendet und auf einen zusätzlichen Risikoaufschlag für Adressenausfallrisiken verzichtet.

Inaktive Märkte zeichnen sich insbesondere dadurch aus, dass der Liquiditätsspread nicht mehr am Markt beobachtbar ist. Für die Bewertung haben wir deshalb auf eine individuelle Schätzung zurückgegriffen. Ausgangspunkt für die Schätzung war der letztmalig aus einem aktiven Markt abgeleitete Liquiditätsspread, hilfsweise der aus dem Bewertungskurs zum 31.12.2007 errechnete Wert. Der Entwicklung der Finanzmarktkrise haben wir bei der Festlegung des Liquiditätsspreads dadurch Rechnung getragen, dass wir den Ausgangswert in Abhängigkeit von der Art des zu bewertenden Wertpapiers und der relevanten Marktbedingungen angemessen erhöht haben. Insbesondere haben wir Wert darauf gelegt, dass sich die Entwicklung im vierten Quartal des Jahres 2008 in der Festlegung des Liquiditätsspreads hinreichend widerspiegelt.

Für Investmentfondsanteile haben wir als beizulegenden (Zeit-)Wert den investimentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt.

Insgesamt betrachtet sind bei dem Vergleich von den Marktteilnehmern veröffentlichten indikativen Kursen und den mit Hilfe des DCF Modells durchgeführten Plausibilitätsprüfungen keine gravierenden oder unsachgemäß erscheinende Unterschiede erkennbar. Da das Bewertungsergebnis auf der Basis der indikativen Kurse im Vergleich zum DCF Modell unter Risikogesichtspunkten ein insgesamt vorsichtigeres und dem aktuellen Hintergrund entsprechend angemessener erscheinendes Bewertungsergebnis ergibt, erfolgte die Bewertung letztlich auf Basis der indikativen Kurse.

Die unternehmensindividuelle Festsetzung wesentlicher Bewertungsparameter ist mit Ermessensentscheidungen verbunden, die trotz sachgerechter Ermessensausübung im Vergleich mit aktiven Märkten zu deutlich höheren Schätzunsicherheiten führen. Bei der Bewertung unserer Wertpapiere haben wir die in dem Rechnungslegungshinweis des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) "Umwidmung und Bewertung von Forderungen und Wertpapieren nach HGB" (IDW RH 1.014) vom 09.01.2009 gestellten Anforderungen beachtet.

Vom gesamten Bilanzwert unserer Wertpapiere wurden 66,7 % mithilfe eines DCF Modells einer Plausibilitätsprüfung unterzogen.

Anteilsbesitz

Anteile an verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert; bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen. Soweit die Gründe für einen niedrigeren Wertansatz nicht mehr bestehen, werden Zuschreibungen bis zum Zeitwert, höchstens bis zu den Anschaffungskosten vorgenommen.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die immateriellen Anlagewerte und die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bilanziert. Dabei orientieren wir uns grundsätzlich an der von der Finanzverwaltung vorgegebenen Nutzungsdauer; für Mobilien an den sog. Abschreibungstabellen, für Immobilien an § 7 EStG. Aus Vereinfachungsgründen werden in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen Vermögensgegenstände von geringerem Wert (bis EUR 150) sofort als Sachaufwand erfasst und geringwertige Vermögensgegenstände (bis EUR 1.000) in einen Sammelposten eingestellt, der über einen Zeitraum von fünf Jahren gewinnmindernd aufgelöst wird.

Wir haben entgeltlich erworbene Software nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung „Bilanzierung von Software beim Anwender“ (IDW RS HFA 11) unter dem Bilanzposten „Immaterielle Anlagewerte“ ausgewiesen.

Die planmäßigen Abschreibungen werden für Gebäude grundsätzlich linear vorgenommen. Das Hauptstellen- und zwei Geschäftsstellengebäude werden degressiv abgeschrieben. Für Bauten auf fremdem Grund und Boden sowie Einbauten in gemieteten Gebäuden wird die Vertragsdauer zugrunde gelegt, wenn sie kürzer ist als die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer bzw. als die für Gebäude geltende Abschreibungsdauer.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung einschließlich Betriebsvorrichtungen werden - soweit steuerrechtlich zulässig - degressiv abgeschrieben. Im Jahr der Anschaffung wird die zeitan- teilige Jahresabschreibung verrechnet. Es wird von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, von der de- gressiven auf die lineare Abschreibungsmethode überzugehen, wenn dies zu höheren Abschreibun- gen führt.

Soweit der nach vorstehenden Grundsätzen ermittelte Wert von Vermögensgegenständen über dem Wert liegt, der ihnen am Abschlussstichtag beizulegen ist, wird dem durch außerplanmäßige Ab- schreibungen Rechnung getragen.

Soweit die Gründe für vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen nicht mehr bestehen, wer- den Zuschreibungen vorgenommen.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden zu ihrem Rückzahlungsbetrag bewertet. Aufgewendete Disagien wer- den in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten, erhaltene Agioerträge in den passiven Rech- nungsabgrenzungsposten eingestellt und über die gesamte Laufzeit bzw. die Dauer der Festzinsver- einbarung planmäßig abgeschrieben bzw. vereinnahmt.

Rückstellungen

Die Rückstellungen werden in Höhe des Betrags gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Be- urteilung notwendig ist; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtun- gen.

Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsät- zen entsprechend dem Teilwertverfahren mit einem Rechnungszins von 4 % ermittelt.

Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente (Swaps, Termingeschäfte, Optionsgeschäfte, Futures) sind als schwe- bende Geschäfte in der Bilanz nicht auszuweisen. Sie werden bei Abschluss entsprechend ihrer Zweckbestimmung dem Handels- oder Anlagebuch zugeordnet. Die zur Absicherung von Zinsände- rungs- oder sonstigen Marktpreisrisiken abgeschlossenen derivativen Geschäfte werden in die Ge- samtbetrachtung der jeweiligen Risikoart einbezogen und sind somit nicht gesondert zu bewerten.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach § 340h HGB.

B. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der eigene(n) Girozentrale

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der WestLB AG, Düsseldorf / Münster, sind in den nebenstehenden Bilanzposten enthalten:

	31.12.2008 TEUR	31.12.2007 TEUR
Forderungen an Kreditinstitute	94.587	80.083
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	25.397	27.650

Wertpapiere

Aufteilung der in den nebenstehenden Bilanzposten enthaltenen Wertpapiere nach börsennotierten und nicht börsennotierten Wertpapieren.

Bei den wie Anlagevermögen bewerteten Wertpapieren handelt es sich fast durchgängig um Emissionen von Kreditinstituten.

	insgesamt TEUR	börsen notiert TEUR	nicht börsen- notiert TEUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	166.444	166.444	-
davon: wie Anlagevermögen bewertet	(21.500)	(21.500)	(-)
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	88.871	14.182	74.689
davon: wie Anlagevermögen bewertet	(3.798)	(3.798)	(-)

Finanzinstrumente im Finanzanlagevermögen

Finanzinstrumente, die auch wie Anlagevermögen behandelt werden, sind in den nebenstehenden Aktivposten enthalten:

Wir haben auf eine Bewertung dieser Wertpapiere zum niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB verzichtet, weil die Zweckbestimmung dieser Wertpapierbestände, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, im Vordergrund steht und eine Rückzahlung zu pari zu erwarten ist.

	31.12.2008 TEUR	31.12.2007 TEUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Buchwert	21.500	104.962
beizulegender Wert	20.906	101.487
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Buchwert	3.798	3.579
Beizulegender Wert	2.724	3.400

Zur Ermittlung des beizulegenden Werts der Finanzinstrumente, für die ein aktiver Markt am Bilanzstichtag nicht festgestellt werden konnte, haben wir von Marktteilnehmern veröffentlichte indikative Kurse verwendet, die wir mithilfe eines Bewertungsmodells (Discounted Cashflow-Modell) einer Plausibilitätsprüfung unterzogen haben. Zu den in das Bewertungsmodell einbezogenen Annahmen verweisen wir auf die Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze für Wertpapiere im Abschnitt A.

Finanzanlagevermögen

Es wurde von der Zusammenfassungsmöglichkeit des § 34 Abs. 3 RechKredV Gebrauch gemacht.

	Buchwert	
	31.12.2008	31.12.2007
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	105.501	104.962
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	21.746	21.081
Beteiligungen	8.850	8.880
Anteile an verbundenen Unternehmen	150	113
Sonstige Vermögensgegenstände	8	8

Entwicklung des Sachanlagevermögens im Geschäftsjahr 2008 (in TEUR)

	Anschaffungskosten	Zugänge	Abgänge	Abschreibungen in 2008	Abschreibungen kumuliert	Buchwert 31.12.08	Buchwert 31.12.07
1. Immaterielle Anlagewerte	432	10	8	(134)	310	124	248
2. Sachanlagen							
a) Grundstücke und Bauten	20.976	-	-	(666)	12.194	8.782	9.448
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	10.795	386	588	(498)	9.460	1.133	1.262
3. Sonstige Vermögensgegenstände	47	-	-	(-)	-	47	47

Die Sachanlagen entfallen mit TEUR 8.722 auf Grundstücke und Bauten, die von der Sparkasse im Rahmen ihrer eigenen Tätigkeit genutzt werden.

Treuhandgeschäfte

Das Treuhandvermögen und die Treuhandverbindlichkeiten betreffen jeweils in voller Höhe die Forderungen an Kunden bzw. die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

	31.12.2008 TEUR	31.12.2007 TEUR
<u>Aktivseite</u>		
Disagio aus Verbindlichkeiten	1.208	1.147
<u>Passivseite</u>		
Disagio aus Forderungen	202	272
Agio aus Verbindlichkeiten	1	1

Nachrangige Vermögensgegenstände

Nachrangige Vermögensgegenstände sind in folgenden Aktivposten enthalten:

	31.12.2008 TEUR	31.12.2007 TEUR
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	15.080	3.579

Verbindlichkeiten, für die Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen sind

Für folgende Posten der in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen:

	TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	61.684

Nachrangige Verbindlichkeiten

Unten aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten übersteigen 10 % des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten:

Betrag TEUR	Wäh- rung	Zinssatz %	fällig am	Außer- ordentliches Kündi- gungsrecht
1.000	EUR	4,50	07.04.2009	nein
3.600	EUR	3,25	25.11.2010	nein

Die nachrangigen Verbindlichkeiten von insgesamt TEUR 2.576, die im Einzelfall 10 % des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten nicht übersteigen, haben eine Durchschnittsverzinsung von 3,18 % und eine Laufzeit von 6 Jahren. Davon werden in dem Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, TEUR 76 fällig.

Für von der Sparkasse zum Zwecke der Anerkennung als haftendes Eigenkapital eingegangene nachrangige Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr insgesamt Aufwendungen von TEUR 276 angefallen.

Die von der Sparkasse eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten können im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Sparkasse erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet werden. Sie sind für beide Vertragsparteien während der Laufzeit unkündbar. Eine Umwandlungsmöglichkeit in Kapital oder andere Schuldformen besteht nicht.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (in TEUR)

	Verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2007
<u>Aktivposten</u>				
Forderungen an Kunden	136	153	173	174
<u>Passivposten</u>				
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	226	125	-	-

Fristengliederung (in TEUR)

	mit einer Restlaufzeit von					
	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre	mit unbestimmter Laufzeit	im Jahr 2009 fällig
<u>Aktivposten</u>						
3. Forderungen an Kreditinstitute						
b) andere Forderungen (ohne Bausparguthaben)	22.500	30.000	21.000	15.000		
4. Forderungen an Kunden	12.957	37.295	178.508	343.284	35.777	
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere						10.330
<u>Passivposten</u>						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	12.027	12.926	199.941	132.338		
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
a) Spareinlagen						
ab) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	325	1.815	771	107		
b) andere Verbindlichkeiten						
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	84.519	22.781	10.335	197		
3. Verbriefte Verbindlichkeiten						
a) begebene Schuldverschreibungen						5.068

Von dem Wahlrecht nach § 11 Satz 3 RechKredV, anteilige Zinsen nicht in die Fristengliederung einzubeziehen, haben wir Gebrauch gemacht.

C. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die Erhöhung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr ist auf die Bildung von Rückstellungen für Prozessrisiken zurückzuführen.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Etwa 19 % des ausgewiesenen Steueraufwandes entfällt auf Nachzahlungen für Vorjahre infolge einer Außenprüfung gemäß § 193 ff. der Abgabenordnung bzw. auf eine vorgenommene Kürzung eines aktivierten Steuererstattungsanspruchs im Zusammenhang mit einer von der Finanzverwaltung voraussichtlich nicht anerkannten Rückstellungsbildung für das betreffende Geschäftsjahr.

D. SONSTIGE ANGABEN

Marktrisikobehaftete Geschäfte

Die Sparkasse hat im Geschäftsjahr Devisentermingeschäfte abgeschlossen, die am Bilanzstichtag abgewickelt waren. Die Geschäfte werden mit Kunden zur Deckung deren Bedarfs abgeschlossen. Es erfolgen unverzüglich währungsgleiche, fristen- und betragskongruente Gegengeschäfte, so dass hieraus offene Positionen nicht entstehen.

Nicht aus der Bilanz ersichtliche Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Sparkasse Rheine ist aufgrund des Tarifvertrags über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verpflichtet, für ihre Beschäftigten eine zu einer Betriebsrente führende Versicherung bei einer Zusatzversorgungskasse abzuschließen. Sie ist deshalb Mitglied der Kommunale Zusatzversorgungskasse Westfalen-Lippe in Münster (ZKW). Trägerin der ZKW ist die Westfälisch-Lippische Versorgungskasse für Gemeinden und Gemeindeverbände, Münster (WVK). Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die ZKW ist eine rechtlich unselbstständige aber finanziell eigenverantwortliche Sonderkasse der WVK.

Aufgabe der ZKW ist es, den Beschäftigten ihrer Mitglieder neben der gesetzlichen Rente eine zusätzliche Versorgung im Alter, bei Erwerbsminderung und für die Hinterbliebenen zu gewähren. Die gezahlten Renten werden jeweils am 01.07. eines Jahres um 1,0 % angepasst.

Die Finanzierung der Leistungen der ZKW erfolgt nach dem Abschnittsdeckungsverfahren. Die Höhe der Einzahlungen wird deshalb alle drei Jahre nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mindestens für einen zehnjährigen Zeitraum (gleitender Deckungsabschnitt) berechnet. Die ZKW betrachtet jedoch tatsächlich versicherungsmathematisch die voraussichtliche Entwicklung in einem ewigen Deckungsabschnitt. Der Hebesatz beträgt derzeit 7,5 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte. Bei dauerhafter Erhebung dieses Hebesatzes können bei den zugrunde gelegten Prämissen die Verpflichtungen der ZKW voraussichtlich dauerhaft erfüllt werden. Die an die ZKW geleisteten Zahlungen betrugen in 2008 TEUR 582.

Wenn ein Mitglied die ZKW verlassen will, ist eine nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelte Ausgleichszahlung für die bei der ZKW verbleibenden Zahlungsverpflichtungen erforderlich. Im Falle des Austritts der Sparkasse zum 31.12.2007 hätte die Ausgleichszahlung EUR 16,4 Mio betragen. Eine Angabe zu einer möglichen Ausgleichszahlung zum 31.12.2008 kann von der ZKW erst im dritten Quartal 2009 gemacht werden, da die entsprechenden versicherungsmathematischen Berechnungen zur Ermittlung des Ausgleichsbetrages erst durchgeführt werden können, wenn alle Jahresmeldungen der Mitglieder vorliegen und verarbeitet sind.

Umlagen

Zu erhobenen Umlagen des WLSGV im Zusammenhang mit Kapital- und weiteren Maßnahmen zur Stabilisierung bzw. Stützung der WestLB AG im Jahr 2004 vertreten wir die Rechtsauffassung, dass diese Anforderungen nicht durch das Satzungsrecht des Verbandes gedeckt sind. Trotzdem haben wir in den Jahren 2004 und 2005 diese Umlagen unter Vorbehalt geleistet. Im Jahr 2006 haben wir ein Rechtsgutachten bei einer renommierten Verwaltungsrechtlerin, Frau Prof. Dr. M. Böhm, Philipps-Universität, Marburg, in Auftrag gegeben; dieses unterstützt voll umfänglich unsere Rechtsauffassung. Die unter Vorbehalt geleisteten Umlagen haben wir bereits im Jahr 2006 zurückgefordert, eine

Rückerstattung dieser Beträge ist bislang jedoch nicht erfolgt. Weiter eingeforderte Umlagen für 2006 bis 2008 haben wir nicht mehr geleistet.

Wie im Vorjahr erklärte der WLSGV hinsichtlich der strittigen Umlageforderungen die Aufrechnung mit unbestrittenen Verbindlichkeiten des Verbandes gegenüber der Sparkasse Rheine im Zusammenhang mit der Verzinsung der Beteiligung am Stammkapital für das Jahr 2006 und 2007 bzw. aus der Herabsetzung des Stammkapitals des Verbandes.

Im Dezember 2007 haben wir beim Verwaltungsgericht Münster eine Klage eingereicht mit dem Ziel festzustellen, dass die Beschlüsse der Verbandsversammlungen im Jahre 2004 hinsichtlich der Kapitalmaßnahmen bei der WestLB AG sowie über die Bildung eines Reservefonds, soweit dies zu unseren Lasten geht, unwirksam sind. Gleichzeitig haben wir hinsichtlich der unter Vorbehalt geleisteten Zahlungen für die Jahre 2004 und 2005 Zahlungsklage erhoben.

Mit Urteil vom 24. Oktober 2008 hat das Verwaltungsgericht Münster unsere Klage abgewiesen, jedoch wurde die Berufung zugelassen. Gegen das erstinstanzliche Urteil haben wir fristwährend am 23. Februar 2009 Berufung beim Oberverwaltungsgericht Münster eingelegt.

Unsere aus den unter Vorbehalt geleisteten Umlagen für die Jahre 2004 und 2005 resultierende Forderung auf Rückerstattung ist dem Grunde nach strittig. Unabhängig von unserer gegenteiligen Rechtsauffassung haben wir, dem handelsrechtlichen Vorsichtsprinzip folgend, in unserem Jahresabschluss 2008 unverändert die Forderung auf Rückerstattung gegen den Verband mit einem Erinnerungsposten in die Bilanz eingestellt.

Aus den gleichen Gründen haben wir gemäß § 249 Abs. 1 HGB eine Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit den von uns für die Jahre 2006 bis 2008 geforderten, aber nicht geleisteten Umlagen gebildet. Ebenso haben wir für die drohende Umlage aufgrund der Erklärung des Reservefondsausschusses, der WestLB AG kurzfristig Hilfen in einer Höhe bis zu EUR 500 Mio zu gewähren, im Zusammenhang mit der Auffüllung des Reservefonds bereits im Jahresabschluss 2007 eine Rückstellung nach dem handelsrechtlichen Vorsichtsprinzip gebildet; eine zu erwartende Umlaganforderung sehen wir ebenfalls nicht durch das Satzungsrecht des Verbandes gedeckt.

Die seitens des WLSGV im Wege der Aufrechnung einbehaltenen Ausschüttungsbeträge aus der Verzinsung der Beteiligung am Stammkapital sowie aus der Herabsetzung des Stammkapitals des Verbandes haben wir mit ihren Nominalbeträgen (ohne den auf die Sparkasse entfallenden Ausschüttungsanteil, der die WestLB AG betrifft; sofern ein Anspruch überhaupt gegeben ist) als Forderung gegen den Verband in die Bilanz eingestellt.

Angabe der Vorstandsbezüge gemäß § 19 Abs. 5 Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen und § 285 Satz 1 Nr. 9 Buchstabe a) HGB

Der Vorsitzende des Vorstandes, Herr Armin Tilly, erhielt für seine Tätigkeit TEUR 261, Herr Hans-Jörg Buschkühle erhielt als Mitglied des Vorstandes TEUR 239.

Gesamtbezüge der Mitglieder des Verwaltungsrats gemäß § 285 Satz 1 Nr. 9 Buchstabe a) HGB

Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhielten im Geschäftsjahr Gesamtbezüge in Höhe von TEUR 45.

Pensionsrückstellungen und -zahlungen für bzw. an frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene

An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden TEUR 230 gezahlt; die Pensionsrückstellungen für diesen Personenkreis betrugen am 31.12.2008 TEUR 2.658.

Kreditgewährungen an Vorstand und Verwaltungsrat

Die Sparkasse hatte Mitgliedern des Vorstands zum 31.12.2008 Kredite in Höhe von TEUR 9 und Mitgliedern des Verwaltungsrats in Höhe von TEUR 2.366 gewährt.

Mitarbeiter/innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	2008	2007
Vollzeitkräfte	134	142
Teilzeitkräfte	73	77
	207	219
Auszubildende	17	17
Insgesamt	224	236

Verwaltungsrat

Vorsitzendes Mitglied

Josef Wilp

Rektor a. D., MdL

Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Günter Thum

Oberstleutnant a. D.

Horst Dewenter

Technischer Lehrer a. D.

Mitglieder

Horst Dewenter

Technischer Lehrer a. D.

Stv. Mitglieder

Marianne Helmes

Hausfrau

Norbert Dörnhoff

Leiter des Kinderheimes des Caritasverbandes Rheine

Raphael Bögge

Student

Hermann-Josef Kohnen

Technischer Angestellter in der Energieversorgung

José Azevedo

Softwareentwickler bei einem Telekommunikationsunternehmen

Bernhard Heeke

Betriebsprüfer beim Bundesamt für Güterverkehr

Ludger Winnemöller

Lokführer bei einer Eisenbahngesellschaft

Paul Willers

Selbstständiger Unternehmer im Heizungs-, Klima- und Sanitärbereich

Theodor Pompey

Selbstständiger Unternehmensberater

Udo Mollen

Referatsleiter beim Bildungswerk des Landessportbundes NRW

Elisabeth Lietmeyer

Selbstständige Architektin

Jürgen Roscher

Polizeibeamter

Dietmar Ostermann
(bis 31.08.2008)

Polizeibeamter

Antonio Berardis
(ab 28.10.2008)

Rentner

Günter Thum

Oberstleutnant a. D.

Falk Toczowski

Wissenschaftlicher Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten

Michael Reiske

Beamter bei einer Kommune

Rainer Ortel

Lehrer

Mitarbeitervertreter

Johannes Hennigfeld Sparkassenangestellter

Wilfried Grotke Sparkassenangestellter

Manfred Wessels Sparkassenangestellter

Klaus Helmich Sparkassenangestellter

Herbert Berlekamp Sparkassenangestellter

Stv. Mitarbeiter-
vertreter

Claudia Voß
(bis 31.03.2008)

Michaela Engel
(ab 29.04.2008)

Franz Pohl

Günter Göcke

Günter Heeke

Michael Linde

Sparkassenangestellte

Sparkassenangestellte

Sparkassenangestellter

Sparkassenangestellter

Sparkassenangestellter

Sparkassenangestellter

Beratende Teilnahme

Dr. Angelika Kordfelder Hauptamtliche Bür-
germeisterin

Vorstand

Armin Tilly Vorsitzender

Hans-Jörg Buschkühle Mitglied

Rheine, 14. April 2009

Der Vorstand

Tilly

Sparkassendirektor

Buschkühle

Sparkassendirektor

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sparkasse Rheine für das Geschäftsjahr vom 01.01.2008 bis 31.12.2008 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Münster, 27. April 2009

Westfälisch-Lippischer Sparkassen- und Giroverband

- Prüfungsstelle -

Menke
Wirtschaftsprüfer